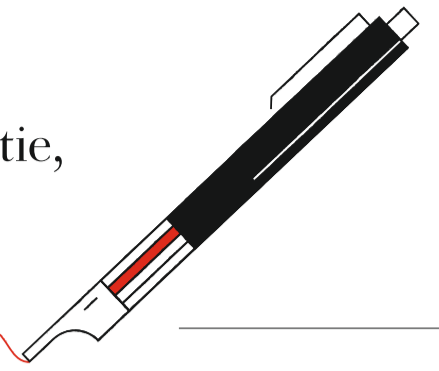


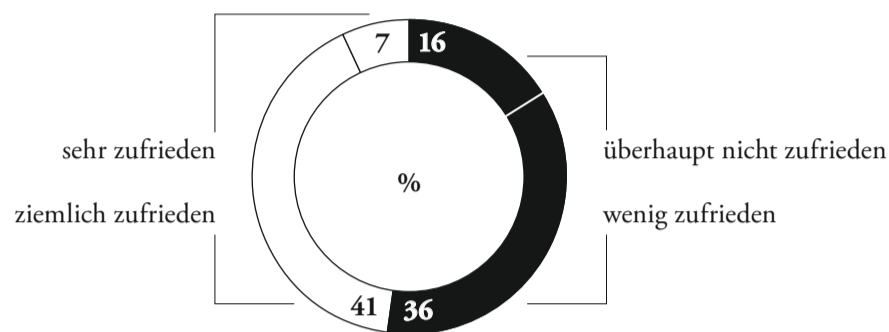
TITELTHEMA: 30 JAHRE MAUERFALL

In einer repräsentativen Studie befragte das Berliner Institut Policy Matters im Auftrag der ZEIT ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger, wie sie die Demokratie, die Beziehungen zu Russland und die wirtschaftliche Entwicklung sehen



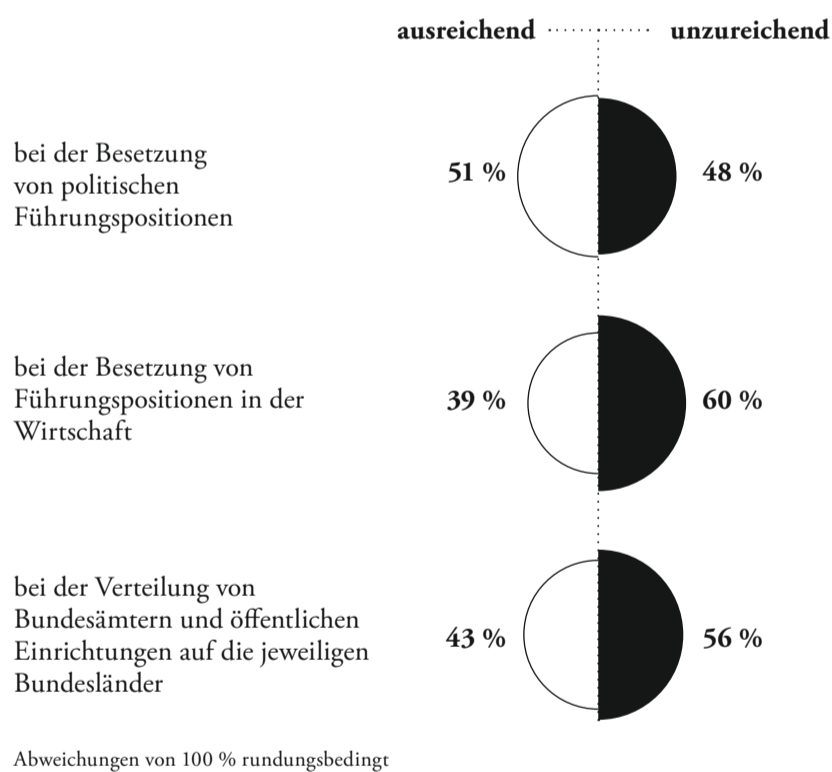
Frage 1: Demokratie

Sind Sie mit der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem ...



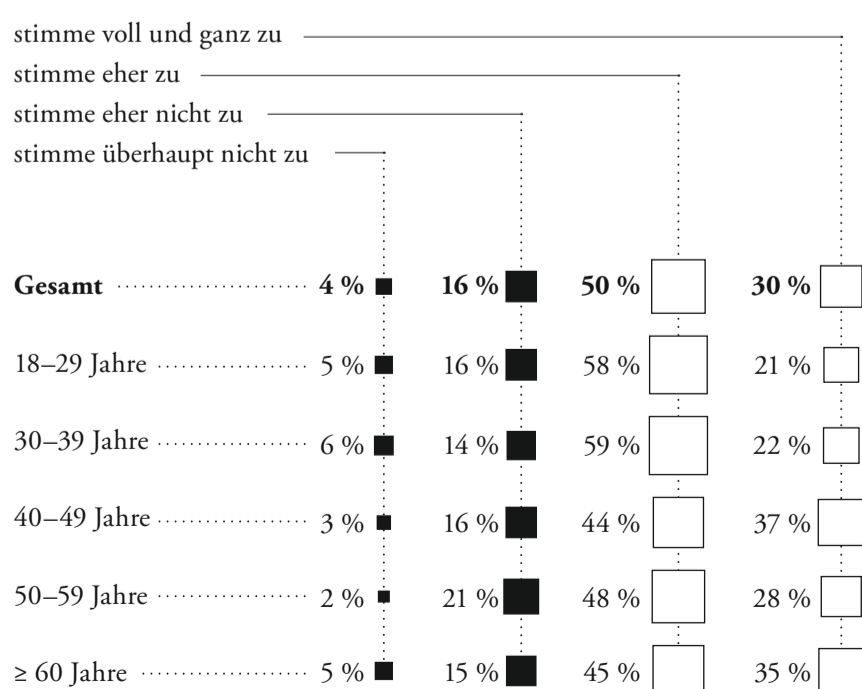
Frage 4: Teilhabe

Derzeit wird öfter diskutiert, ob der Osten / die Ostdeutschen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen unterrepräsentiert sind. Hier sind einige solcher Bereiche angeführt. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie die Berücksichtigung der Ostdeutschen bzw. des Ostens für ausreichend halten.



Frage 7: Anerkennung

Es wird bisweilen die Meinung vertreten, dass die Westdeutschen die Leistungen der Ostdeutschen seit der Vereinigung nicht ausreichend würdigen. Würden Sie dieser Aussage zustimmen?



Abweichungen von 100 % rundungsbedingt

Frage 2: Fortschritt

Wenn Sie einmal die heutige Situation in der Bundesrepublik mit der in der früheren DDR vergleichen: Was von den hier aufgeführten Aspekten ist da Ihrer Meinung nach besser geworden, was ist schlechter geworden, und wo hat sich so gut wie nichts verändert?

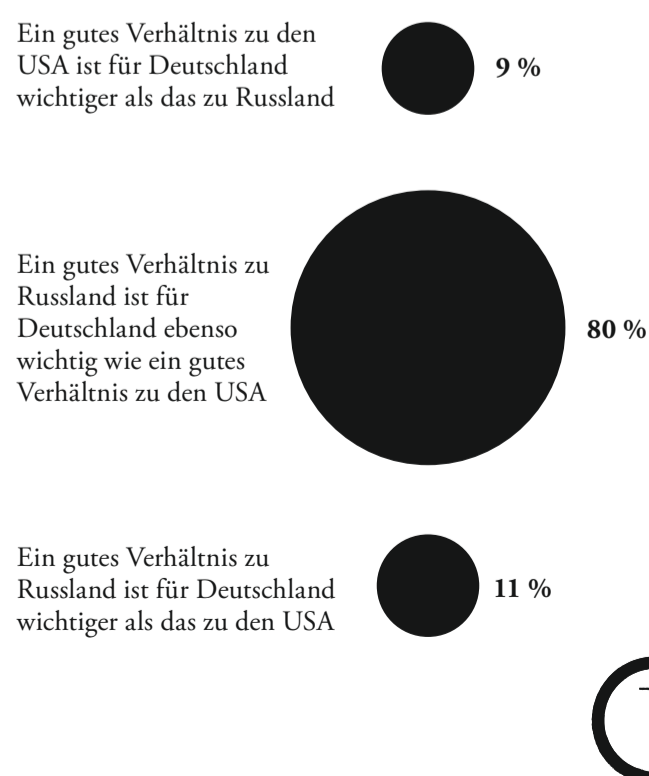


Frage 5: Quote



Frage 8: Außenpolitik

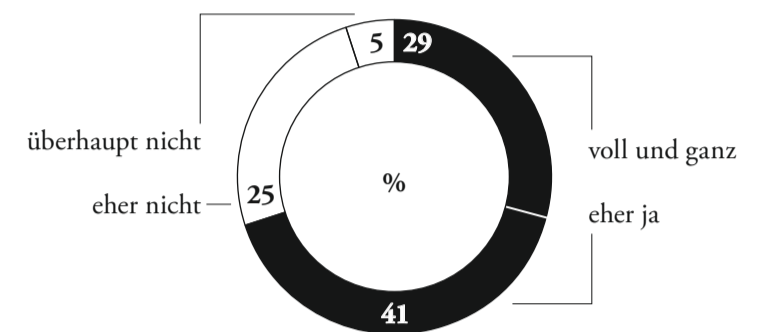
Zur Bedeutung des Verhältnisses von Deutschland zu den USA und zu Russland gibt es unterschiedliche Ansichten. Wie ist Ihre Meinung?



Abweichungen von 100 % rundungsbedingt

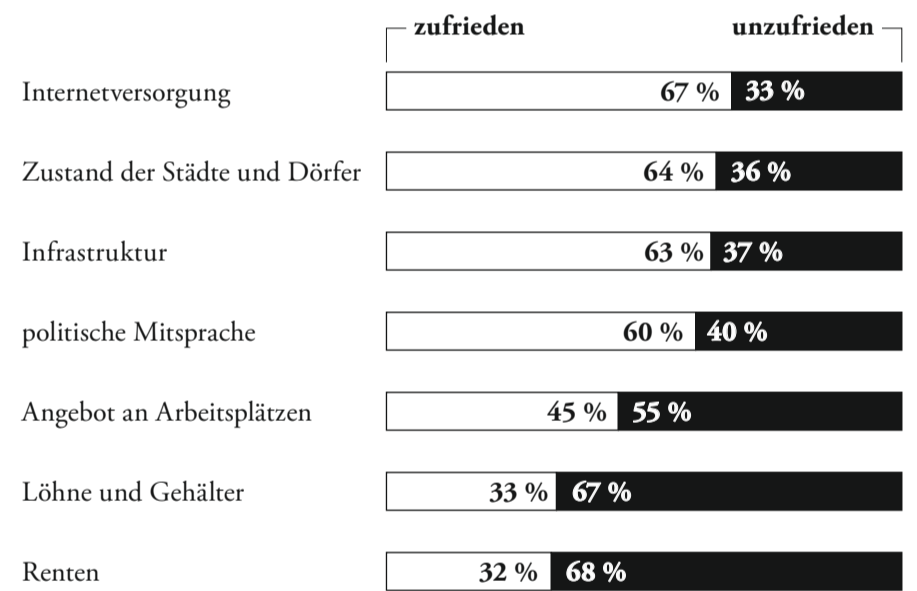
Frage 3: Mitsprache

Es wurde zuletzt häufiger der Vorwurf geäußert, dass bei politischen Entscheidungen in Deutschland unzureichend auf die Meinung der Menschen in Ostdeutschland Rücksicht genommen wird. Stimmen Sie dieser Aussage zu?



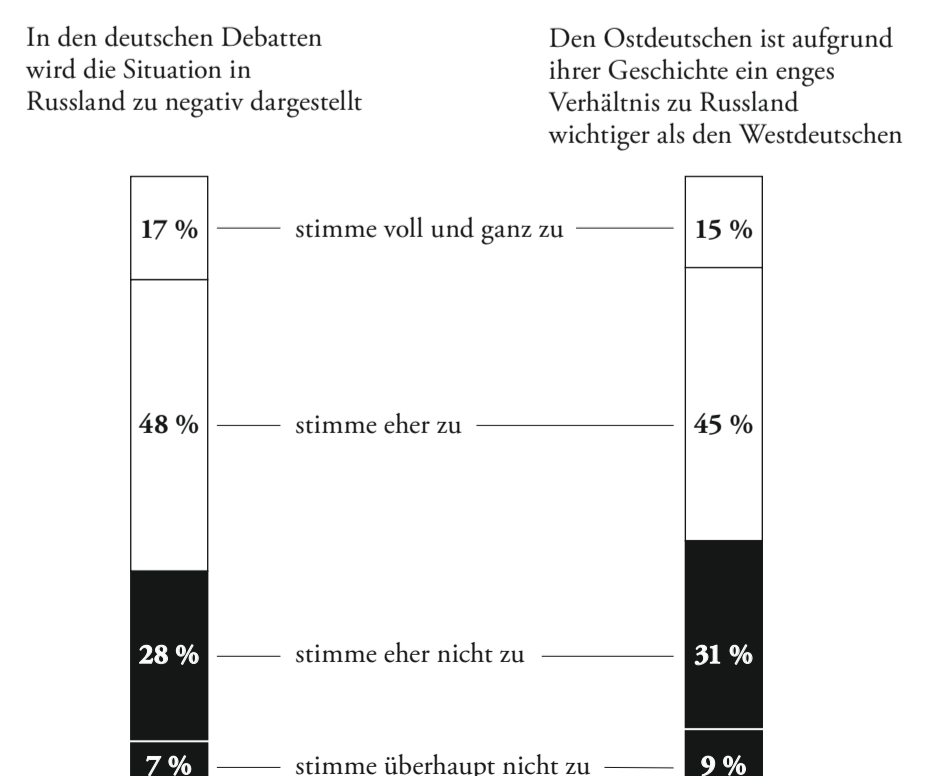
Frage 6: Zufriedenheit

Wie zufrieden sind Sie persönlich mit der Angleichung der Verhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland in den folgenden Bereichen?



Frage 9: Russland

Zu Russland gibt es ja unterschiedliche Meinungen. Hier sind zwei davon aufgeführt.



TITELTHEMA: 30 JAHRE MAUERFALL

Jetzt hört mal zu!

In Ostdeutschland herrscht große Skepsis gegenüber der bundesrepublikanischen Demokratie. Was sagt das über die Einheit aus? Und was müsste sich deswegen im ganzen Land verändern?

VON DOREEN BORSUTZKI (INFOGRAFIK), MARTIN MACHOWECZ UND HEINRICH WEFING



Alles in allem ist die Stimmung mies, ausgerechnet zum Fest der deutschen Einheit. Etwas läuft gründlich schief. 30 Jahre nach dem Fall der Mauer herrschen im Osten des Landes Ernüchterung und Enttäuschung, teils Verbitterung. Weit verbreitet ist hier das Gefühl, generell nicht wahrgenommen und nicht wertgeschätzt zu werden. Tief sitzen die Zweifel, ob die Wende tatsächlich mehr Freiheit, mehr Mitsprache, mehr Schutz vor staatlicher Willkür gebracht hat. Und nicht einmal die Hälfte der Ostdeutschen hat den Eindruck, dass die Demokratie in Deutschland alles in allem gut funktioniert.

Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Studie, die die ZEIT zum 3. Oktober bei dem Berliner Institut Policy Matters in Auftrag gegeben hat. Befragt wurden dafür in den vergangenen Wochen 1029 Menschen in den fünf ostdeutschen Bundesländern und in Berlin.

Die Befunde sind in weiten Teilen beunruhigend – um es vorsichtig zu formulieren. So finden 41 Prozent der Ostdeutschen, man könne seine Meinung heute nicht freier oder sogar nur weniger frei äußern als vor 1989. Und, noch irritierender: Eine deutliche Mehrheit von 58 Prozent der Ostdeutschen hat das Gefühl, heute nicht besser vor staatlicher Willkür geschützt zu sein als in der DDR.

Kommt da etwas in den Fundamenten der Republik ins Rutschen? Steht gar die Einheit im Begriff zu scheitern?

Viel ist in den vergangenen Monaten über die wachsende Kluft zwischen Ost und West gesprochen worden. Seitdem die AfD in den ostdeutschen Bundesländern Wahlergebnisse zwischen 20 und 30 Prozent erreicht und seitdem diese Partei sich bei Landtagswahlen Hoffnungen machen kann, sogar stärkste Kraft zu werden – spätestens seither ist die Frage in den Fokus gerückt, was genauso viele Ostdeutsche dazu bringt, sich von den etablierten Parteien abzuwenden.

Wer die Studie betrachtet, sieht: Es ist nicht in erster Linie die persönliche wirtschaftliche Situation der Menschen, die sie beunruhigt. Die Ostdeutschen schätzen ihre finanzielle Lage als gut ein. Eine knappe Mehrheit, 52 Prozent der Befragten, findet: Die Hoffnungen, die sich für sie (oder bei Jüngeren ihre Eltern) mit der Einheit verbunden haben, hätten sich im Großen und Ganzen erfüllt. 88 Prozent finden, dass sich das Angebot an Waren und Dienstleistungen deutlich vergrößert habe; immerhin 54 Prozent der Ostdeutschen sind der Meinung, dass ihr Lebensstandard gewachsen sei. Der Zustand der Städte und Dörfer entwickelt sich positiv, ebenso die Infrastruktur – all das sehen und schätzen die Menschen im Osten. *It's not the economy, stupid*, es ist auch nicht die Infrastruktur. Oder jedenfalls nicht nur.

Dem gegenüber steht eine Verdüsterung der Stimmung in vielen anderen Bereichen. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes etwa und die soziale Gerechtigkeit schätzen die Ostdeutschen als weniger gut ein als vor 1990. Und einige

Zahlen stechen besonders hervor. So sagen zwar 59 Prozent der Ostdeutschen, man könne seine Meinung heute freier äußern als in der DDR. Das heißt aber umgekehrt auch, dass eingangs erwähnte 41 Prozent das Gegenteil wahrnehmen – dass man in der DDR offener reden konnte oder dass sich seither jedenfalls nichts entscheidend geändert habe.

Offensichtlich hat sich hier eine Erzählung verselbstständigt: Die immer wieder von Rechten (gerade von der AfD) verbreitete Behauptung, in der Bundesrepublik sei es mit der Meinungsfreiheit nicht weit her – sie findet einen Nährboden. Viele Ostdeutsche denken offenbar so.

Besonders drastisch sind die Antworten auch, wenn man nach staatlicher Willkür fragt. Nur 42 Prozent der Befragten sagen, der Schutz davor sei in der Bundesrepublik besser gewährleistet als in der DDR. Erstaunliche 22 Prozent hingegen meinen, heute seien die Bürger schlechter vor staatlicher Willkür geschützt, 36 Prozent sehen diesbezüglich keine Veränderung zwischen der Rechtsordnung des Grundgesetzes und dem Regime der DDR.

Das sind Zahlen, die im ersten Moment kaum zu fassen sind. Die Repressalien, die Stasi, die Mauer – alles vergessen? Ist die Erinnerung an das Unrecht der Diktatur tatsächlich so sehr verblasst? Die Gängelei und Demütigung, die Überwachung: nicht mehr der Rede wert? Es wäre ein niederschmetternder Befund für alle, die sich in Archiven, Museen, Gedenkstätten für das Erinnern und die politisch-historische Bildung einsetzen.

Allerdings lassen sich die Zahlen auch anders lesen. Darauf weist Richard Hilmer hin, der Chef von Policy Matters und Leiter der ZEIT-Studie. Dann nämlich, wenn man mit »staatlicher Willkür« nicht nur den Repressionsapparat der DDR verbindet, sondern auch an die Nachwende-Erfahrungen der Ostdeutschen denkt. Viele Entscheidungen der Treuhänder über die Schließung von Betrieben und die Entlassung der Arbeitnehmer konnten von den Betroffenen kaum anders als willkürlich empfunden werden.

Auch die Entscheidung der Kanzlerin, 2015 die bundesdeutschen Grenzen für Flüchtlinge nicht zu schließen, »ohne jegliche Einschränkung, unkontrolliert und ohne Debatte und Abstimmung im Bundestag«, so Hilmer, »ist von vielen Menschen als willkürliches staatliches Handeln – und der Zustrom Hunderttausender Flüchtlinge zunehmend als Bedrohung empfunden worden. Und das nicht nur im Osten.«

Zugleich bedeute die DDR für viele Bürger im Rückblick vor allem ein erfülltes Alltagsleben: Kleingarten, Arbeitsplatz, sozialer Frieden – und eine gewisse persönliche Sicherheit. Viele Ostdeutsche denken eben nicht zuerst an Stasi, wenn sie an die DDR denken. Auch das lässt sich in der ZEIT-Studie nachvollziehen. Es spielt dabei allerdings eine Rolle, ob die Befragten die DDR selbst noch erlebt haben oder aus Erzählungen und dem Schulunterricht kennen: Die Haltung zur DDR wird tendenziell kritischer, je jünger die Befragten sind.

So fühlen sich 70 Prozent der Ostdeutschen wesentlich schlechter vor Kriminalität geschützt als zu DDR-Zeiten. Im ersten Moment könnte man sagen: Das mag sich daraus erklären, dass in der DDR ein autoritäres Sicherheitsregime für effiziente Strafverfolgung sorgte. Und dass es damals viele Formen der Alltagskriminalität gar nicht gab: grenzüberschreitend operierende Einbrecherbanden etwa oder offenen Drogenhandel auf den Straßen.

Andererseits sind die Kriminalitätszahlen heute schon seit Jahren rückläufig. Es war an vielen Orten Deutschlands wohl noch nie so sicher wie heute. Wie passt das zusammen mit dem Unsicherheitsgefühl der Ostdeutschen?

Und wie passt es zusammen, dass 56 Prozent der Ostdeutschen der Meinung sind, die Qualität der Schulbildung sei heute schlechter als zu DDR-Zeiten, obwohl gerade die ostdeutschen Bundesländer bei internationalen Tests in aller Regel herausragend abschnitten?

Womöglich haben sich Realität und Wahrnehmung teilweise voneinander entkoppelt. Augenscheinlich werden einzelne Erfolge von einer grundsätzlichen Unzufriedenheit überdeckt.

Raj Kollmorgen ist einer der führenden Ostdeutschland-Forscher und Professor an der Hochschule Zittau-Görlitz. Zeigt man ihm die Ergebnisse der ZEIT-Befragung, sagt er, dass einige Zahlen ihn einerseits in ihrer Höhe beeindruckten. Dass sie aber andererseits auch zu den jüngsten Wahlergebnissen passten: Man müsse sich eben klarmachen, dass AfD und Linke zusammen weit über 40 Prozent der Stimmen in Sachsen geholt hätten – zwei Parteien, die unsere Demokratie verändern wollen. Kollmorgen ist wichtig, dass nicht jede ostdeutsche Kritik am Funktionieren unserer Demokratie als Systemkritik und nicht jede Systemkritik gleich als rechte Systemkritik zu betrachten ist: Viele Ostdeutsche kritisierten die Lage im Land auch von kapitalismus- und globalisierungskritischer Seite. Auch die Ostdeutschen hielten zu 70, 80 Prozent die Demokratie für die beste Staatsform. Aber viele trügen noch heute schwer daran, dass sie in den 1990er-Jahren wenig darüber mitbestimmen konnten, wie das vereinte Deutschland organisiert wurde.

Das ist ein Eindruck, der vielen der Einzelergebnisse der Studie zugrunde liegt: Die politische Unzufriedenheit hat wohl vor allem etwas damit zu tun, wie die Ostdeutschen ihre Rolle in der Republik einschätzen. Eine Mehrheit im Osten hat das Gefühl, keine Stimme zu haben, die wahrgenommen wird; keine Rolle zu spielen, ja: majorisiert zu werden, unter einer (westdeutschen?) Wortführerschaft zu leiden. Und dieses Gefühl ist stärker geworden in den vergangenen Jahren.

So sind laut der ZEIT-Studie 70 Prozent der Ostdeutschen unglücklich darüber, dass zu wenig »auf die Meinung der Menschen in Ostdeutschland« Rücksicht genommen werde. Und es gibt ein politisches Thema, an dem sich das besonders deutlich ablesen lässt: 56 Prozent der Ostdeutschen finden,

in den deutschen Debatten werde zu negativ über die Lage in Russland gesprochen. Fast zwei Drittel sagen zudem, dass den Ostdeutschen aufgrund ihrer Geschichte ein enges Verhältnis zu Russland wichtiger sei als den Westdeutschen.

80 Prozent der Ostdeutschen finden zudem, dass der Westen ihre Leistungen seit der Vereinigung nicht ausreichend gewürdigt habe – selbst 80 Prozent der jungen Ostdeutschen, die die Neunzigerjahre gar nicht selbst erlebt haben, sagen das. 61 Prozent der Ostdeutschen finden, dass Führungspositionen in der Wirtschaft zu selten mit Ostdeutschen besetzt sind, und 56 Prozent sind unzufrieden mit der aus ihrer Sicht zu geringen Zahl von Bundesbehörden, die es in den Ost-Ländern gibt.

Vergleicht man die Zahlen mit jenen, die das Team um Richard Hilmer schon einmal im Jahr 2000 für die ZEIT erhoben hat, lässt sich die deutliche Stimmungsverfärbung belegen: Fanden 2000 noch 67 Prozent der Ostdeutschen, die Hoffnungen der Einheit hätten sich im Großen und Ganzen erfüllt, sind es 2019 nur noch 52 Prozent. Sagten 2000 noch 74 Prozent, dass sich die freie Meinungsäußerung im Vergleich zur DDR-Zeit verbessert habe, sind es 2019 eben nur noch 59 Prozent. Die Zufriedenheit mit Schulbildung und sozialer Gerechtigkeit ist deutlich gesunken, ebenso sinkt die Zahl derjenigen, die sich »wohl fühlen in der Gesellschaft« (nur noch 26 Prozent sagen, sie fühlten sich wohler als zu DDR-Zeiten).

Allerdings, das ist die gute Nachricht, lassen sich aus der Studie auch relativ konkrete Handlungsanweisungen ablesen: Wenn 67 Prozent der Ostdeutschen angeben, im Ver-

gleich zum Westen mit den Löhnen und Gehältern unzufrieden zu sein, und 68 Prozent mit den Renten, dann ist das ein Ärgernis, das sich politisch thematisieren, bestenfalls sogar ändern lässt. Und gegen das verbreitete Gefühl der Machtlosigkeit gäbe es aus Sicht der Ostdeutschen ebenfalls Abhilfe: 83 Prozent der Befragten sprechen sich für eine Ost-Quote in der Wirtschaft aus, 82 Prozent für eine solche Quote in der Politik. Tatsächlich stammen laut einer Studie der Universität Leipzig weniger als fünf Prozent der Führungskräfte in der gesamtdeutschen Politik, Wirtschaft, Justiz und Wissenschaft aus Ostdeutschland. Der Westen könnte also auf den Osten zugehen. Wirklich ändern, glaubt der Soziologe Raj Kollmorgen, könnten aber vor allem die Ostdeutschen etwas an ihrer Lage. »Sie sind selbst gefragt, sich von der Rolle als Opfer der Einheit nicht zu sehr vereinnahmen zu lassen«, sagt er. »Wir Ostdeutschen dürfen Demokratie nicht nur als Dienstleistungsbetrieb sehen, der Probleme löst und Wünsche erfüllt.« Stattdessen, sagt Kollmorgen, müssten die Ostdeutschen in Parteien eintreten, Vereine gründen, die Möglichkeiten der Freiheit und demokratischen Partizipation für sich nutzen. »Die Ostdeutschen«, sagt er, »müssen selbst an den Machtverhältnissen rütteln.«

Siehe auch **Wirtschaft, Seite 25**: Leidet der Osten bis heute unter den Fehlern der Treuhänder?

41 %

sagen, dass die Möglichkeit, die eigene Meinung frei zu äußern, schlechter geworden ist oder sich kaum verändert hat

58 %

sagen, dass der Schutz vor staatlicher Willkür schlechter geworden ist oder sich kaum verändert hat